



VIII B. 172/28

Nr. 29.

Statut,

Maßregeln zur Aufstellung der Listen der Steuer-
pflichtigen und Wahlberechtigten in der Stadt
Braunschweig
betreffend.

Um für die Zukunft die rechtzeitige Feststellung der Listen der Steuerpflichtigen zu ermöglichen und die thunlichste Vollständigkeit sowohl dieser als auch der Listen der zu Wahlen berechtigten hiesigen Einwohner zu erreichen, haben der Stadt-Magistrat und die Stadtverordneten der Stadt Braunschweig die folgenden statutarischen Bestimmungen getroffen:

§. 1.

Im October jeden Jahres hat jeder Hausbesitzer bez. Vertreter desselben durch Ausfüllung eines vom Stadt-Magistrate festzustellenden Formulars, welches ihm im bezeichneten Monate zugestellt wird, ein vollständiges Verzeichniß sämmtlicher in dem betreffenden Hause wohnhaften Personen, welche das 17te Lebensjahr überschritten haben, aufzustellen.

Die ausgefüllten Verzeichnisse müssen, falls sie

der Stadt-Magistrat nicht inzwischen durch städtische Beamte oder durch Vermittelung Herzoglicher Polizeidirection hat abholen lassen, binnen 8 Tagen nach geschehener Zustellung während der gewöhnlichen Büreau-Stunden im Stadthause an den mit Führung der Listen beauftragten Beamten eingereicht werden.

§. 2.

Falls der Besitzer des Hauses nicht selbst in demselben wohnt und auch keinen der Hausbewohner mit dessen vor dem Stadt-Magistrate zu erklärenden Zustimmung zu seinem Stellvertreter ernannt hat, ist der Vorstand des im untersten bewohnten Stockwerke wohnenden Haushalts als Vertreter des Hausbesizers anzusehen. In Zweifelsfällen, insbesondere, wenn das unterste bewohnte Stockwerk von mehreren Haushaltungen bewohnt wird, entscheidet der Stadt-Magistrat darüber, wer den Hausbesizer hinsichtlich der Aufstellung der obigen Verzeichnisse zu vertreten hat.

§. 3.

Jeder hiesige Einwohner ist verpflichtet, dem Besitzer des von ihm bewohnten Hauses bez. dessen Stellvertreter auf Anfordern die zur Aufstellung der obigen Verzeichnisse nöthigen Angaben zu machen.

§. 4.

Jeder hiesige Einwohner, welcher steuerpflichtige Personen, als: Handlungs- oder Gewerbs-Gehülfen,

Gejellen, Fabrikarbeiter, Aufseher oder in sonstiger Stellung beschäftigt, ist verpflichtet, über Gehalt oder Lohn, oder sonstige Einkünfte einschließlich freier Wohnung, Beköstigung und dergleichen, welche dieselben von ihm beziehen, auf Anfordern Auskunft zu ertheilen. Es wird ihm alsdann zu diesem Ende ein gleichfalls vom Stadt-Magistrate festzustellendes Formular zugestellt, hinsichtlich dessen Ausfüllung und Einreichung die in §. 1 über die Verzeichnisse der Hausbewohner aufgestellten Vorschriften gelten.

§. 5.

Wer den Vorschriften der §§. 1—4 dieses Statutes zuwiderhandelt, wird nach §. 2 des Gesetzes vom 30. März 1873, die An- und Abmeldungen beim Aufenthaltswechsel betreffend, bez. §. 2 der Städteordnung vom 19. März 1850 mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder Haft bis zu 10 Tagen bestraft.

Vorstehendes Statut ist durch Rescript des Herzoglichen Staats-Ministeriums vom 28. September 1877, № 7083, genehmigt.

Braunschweig, den 4. October 1877.

Der Stadt-Magistrat.

H. Caspari. A. Bammel. F. Rittmeyer.
C. W. Ramdohr. W. Götte. Aug. Haake.
Herman Gebhard.

